

Politik lässt GFL mit Eingaben zum Kraftwerk abblitzen

Ausschuss: Zurück ohne Beratung

Lünen ■ Die Hoffnung der Wählergemeinschaft GFL (Gemeinsam für Lünen), nochmals eine politische Diskussion im Rat über das geplante Trianel-Kraftwerk erzwingen zu können, hat sich nicht erfüllt.

Der Haupt- und Finanzausschuss beriet die neun Anregungen und eine Beschwerde der GFL gestern gar nicht erst, weil sie laut Bürgermeister Hans Wilhelm Stodollick fast ausnahmslos Fragen, Erklärungen und Ansichten enthielten, somit „keine Anregungen und Beschwerden im Sinne des Petitionsrechtes“ darstellten und laut Paragraph 12 der Hauptsatzung der Stadt ohne Beratung zurückzugeben seien. Uns so geschah es auch. Gegen die Stimme von **Erika Roß** (Foto, Bündnisgrüne), die sich „mehr Transparenz für die Wählergemeinschaft erhofft“ hatte. Inhaltliche Aussagen



gab es aber dennoch, als der Bürgermeister die Rückgabe-Gründe einzeln erläuterte.

So würden netto 2,5 Mio. Euro Zusatzeinnahme für die Stadt bleiben, falls Trianel, wie in Aussicht gestellt, 10 Mio. Euro Gewerbesteuer jährlich abführe. Hinzu komme noch der Einkommensteueranteil der Kommune aus den neuen Arbeitsplätzen im und durch das Kraftwerk.

Für das Tochterunternehmen Stadtwerke sieht die Stadt kein Risiko infolge der Kraftwerksbeteiligung, sondern erwarte in Zukunft eher steigende Ausschüttungen an den Haushalt. Die Wirtschaftlichkeit des Kraftwerksvorhabens sei belegt: Internationale und deutsche Großbanken hätten das Projekt durchleuchtet und als „sehr wertvoll“ befunden.

Auf dem Immobilienmarkt seien keine Entwicklungen erkennbar, die man auf das projektierte Kraftwerk zurück führen könne, so Stodollick zum Vorhalt der GFL, wonach die Immobiliennachfrage bereits jetzt spürbar sinke. ■ Fie-